

## Pressespiegel regional, 29.11.2014 - 02.12.2014

### **Pegida-Demos: Viele Dresdner wännen das Abendland in Gefahr - andere die Toleranz**

*DNN, 02.12.2014, sl / Jörg Schurig, dpa*

Dresden. Keine Moschee weit und breit. Doch in Dresden scheint die Gefahr der Islamisierung für viele Bürger greifbar. Zumindest treibt eine imaginäre Angst seit Wochen Tausende auf die Straße. Was im Oktober mit 200 Sympathisanten noch übersichtlich begann, ist inzwischen stark angeschwollen. Am Montagabend kamen laut Polizei rund 7500 Menschen zum „Abendspaziergang“ des Bündnisses „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ - kurz Pegida.

Doch auch der Widerstand gegen die selbst ernannten Patrioten wächst. Mehr als 1200 bis 1500 Gegendemonstranten blockierten die Marschroute der Pegida-Leute und zwangen sie zur Umkehr. Damit ist das Problem freilich nicht gelöst. Seit Tagen bemühen Politiker in Sachsen die Weisheit, wonach man die Sorgen der Menschen ernst nehmen müsse.

Genau das ist der Punkt, an dem Pegida-Chef Lutz Bachmann ansetzt. Der 41-Jährige glaubt nicht mehr daran, dass Politiker den Menschen zuhören. Seither versucht er den zur Wende geprägten Ruf „Wir sind das Volk“ gegen die jetzigen Regierenden zu richten. Diskussionsangebote wie die Bürgerversammlung der Stadt laufen bei den Pegida-Unterstützern ins Leere. Auch offizielle Zahlen finden kaum Gehör.

Vieles klingt bei Pegida nach Verschwörungstheorie. Das Vertrauen in Medien geht gegen Null. „Die verdrehen einem doch nur das Wort im Munde“, sagt eine Frau am Montagabend, als sie von einem Kamerateam nach dem Grund ihrer Teilnahme gefragt wird.

Hans Müller-Steinhagen, Rektor der Technischen Universität Dresden, sorgt sich nicht um die Islamisierung des Abendlandes, sondern vielmehr um den Ruf der Stadt Dresden. Die Pegida-Demonstrationen behinderten Aktivitäten für ein weltoffenes und tolerantes Dresden. In der Welt entstehe so ein Bild Dresdens, „das in erster Linie abschreckt, unsere Stadt als ausländerfeindlich darstellt und an die vergangen geglaubten Aufmärsche der Neonazis im Umfeld des 13. Februars erinnert“.

Die Forderungen von Pegida sind ein buntes Sammelsurium. Auch Pressefreiheit und Meinungsfreiheit werden eingefordert, als dürften die Demonstranten nicht seit Wochen durch die Stadt ziehen. Bachmann beteuert immer wieder, dass man nicht gegen Flüchtlinge oder gegen Ausländer im Allgemeinen sei. Auch am Asyl sei nichts auszusetzen - sofern es Menschen aus Kriegsregionen betrifft. Doch hier beginnen schon die Unterschiede. Denn „Wirtschaftsflüchtlinge“ will man nicht. Manche Sprüche der Pegida-Leute sagen viel über ihren Geist aus. „Bitte weiterflüchten“ heißt es zynisch auf einem Plakat. Auch die rechtsextreme NPD läuft bei den Aufmärschen mit, ohne dass die Menge dagegen rebelliert.

Wohin sich Pegida entwickelt, ist noch unklar. Bachmann verweist auf Nachahmer in Städten wie Kassel, Düsseldorf, Leipzig, München, Rostock, Magdeburg, Ostfriesland, Würzburg und Bonn. In den meisten Fällen hat sich das bisher auf einzelne Solidaritätsbekundungen oder Mahnwachen beschränkt. Zur ersten Kasseler Demo kamen am Montag lediglich 70 Teilnehmer bei rund 500 Gegendemonstranten.

Die am Dienstag öffentlich gemachte kriminelle Vergangenheit Bachmanns, der mehrfach vorbestraft ist und sich einst durch Flucht nach Südafrika vor dem Gefängnis drücken wollte, dürfte Bürger als Mitläufer künftig eher abschrecken. Schon auf der Abschlusskundgebung am Montag hatte er eingeräumt, in der Vergangenheit Mist gebaut zu haben. Besonders Paradox: Bachmann, der sich Woche für Woche für eine Abschiebung krimineller Ausländer ausspricht, lebte damals selbst mit falscher Identität in Südafrika, wie er inzwischen zugeben musste. Erst, als ihm die dortigen Behörden auf die Schliche zu kommen schienen, kam er nach Deutschland zurück.

Die Linken sprechen bei Pegida ohnehin von „rassistischer Stimmungsmache“ und sehen die sächsische Politik in der Pflicht. Der Widerstand gegen künftige Pegida-Demonstrationen soll weitergehen.

## **Mit Pegida-Demonstranten auf der Straße**

*MDR, 02.12.2014, Ine Dippmann*

Von Montag zu Montag werden es mehr, die gegen eine vermeintliche Islamisierung demonstrieren. Was zunächst mit einer kleinen Demonstration des sogenannten Pegida-Bündnisses begann, wächst sich mittlerweile zu einer Kundgebung mit mehreren tausend Teilnehmern aus. Aber was treibt die Leute um, die selbst bei Minustemperaturen dem Pegida-Aufruf folgen?

Dresden ist weihnachtlich geschmückt. Doch mehrere tausend Menschen strömen gestern Abend nicht auf den Striezelmarkt sondern treffen sich an einem Park. In Sichtweite des Dresdner Rathauses beginnt die Pegida-Demonstration – schon traditionell mit der Ansprache von Lutz Bachmann, der die Bewegung initiiert hat und noch einmal die Ziele erklärt: "Nun Pegida will ganz einfach, dass die vom Volk gewählten Politiker endlich wieder zuhören und sich der wirklichen Probleme annehmen. "

Bachmann nennt die Asylpolitik der Bundesregierung unsäglich und betont aber, man habe auch weitere Fragen: "Was ist mit der Versorgung unserer Alten, es gibt Rentner, die ihr Leben lang gearbeitet haben und sich an Weihnachten kaum ein Stück Stollen leisten können. Die in kalten Wohnungen sitzen und keinen Strom haben. "

*Keine Lust, sich der Presse zu erklären*

Eine junge Frau stimmt spontan zu. Lutz Bachmann bekommt auch Applaus, als er von Müttern spricht, denen das Geld fehle, um ihren Kindern Weihnachtsgeschenke zu kaufen und von Obdachlosen, die nicht in voll ausgestatteten Heimen untergebracht würden wie Asylbewerber. Welche der Forderungen sie nun mittragen, warum sie sich Pegida anschließen, das wollen später nur wenige Demo-Teilnehmer beantworten. Manche lehnen jeglichen Kommentar ab, andere meinen: "Die Presse lügt."

Warum sie an der Pegida-Demonstration teilnehmen, beantworten schließlich zwei Männer um die 50 so: "Wegen der miesen Politik, die hier betrieben wird in Deutschland, deswegen sind wir hier." "Was ärgert sie denn so besonders?" fragt die Reporterin nach. Die Antwort: "Meinen Sie, dass 3.000 Moscheen nicht reichen?" Plötzlich drängt sich ein junger Mann dazwischen. Ohne etwas zu sagen, stellt er sich so lange in den Weg, bis die Pegida-Demonstranten die Straßenseite gewechselt haben. Offenbar ein Ordner, allerdings ohne Kennzeichnung. Aber nicht alle reagieren so.

## *Forderungen nach geändertem Asylrecht*

Ein Mann, Mitte vierzig, läßt sich auf ein kurzes Gespräch ein. Er meint, er befürworte nicht alle Pegida-Forderungen, aber zum Beispiel, "dass man die Ausländer, die hier kriminell werden, dass man die abschieben muss und nicht bloss 'DuDuDu' machen muss."

Das scheint Konsens zu sein. Und ein älterer Mann mitten in der Demonstration geht noch etwas weiter: "Die Asylpolitik muss auf alle Fälle besser werden, dass diese Menschen besser integriert werden. Das ist in meinen Augen ein Unding, dass die sehr, sehr lange zu Hause bleiben müssen und keine Arbeit kriegen. Die sollten die Möglichkeit haben, sehr schnell integriert zu werden, und auf der anderen Seite, die, die nicht sich an unsere Normen halten, dort muss dann schnell gegenreagiert werden." Pegida-Initiator Lutz Bachmann hat angekündigt, so lange zu demonstrieren, bis die Asylpolitik sich ändert.

## **Protest-Bürger - Pegida-Demo in Dresden erstmals blockiert**

*MDR, 02. Dezember 2014*

Teilnehmer einer Demonstration unter dem Motto «Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes» (PEGIDA) warten auf dem Terrassenufer in Dresden

In Dresden sind Tausende einem Demonstrationsaufruf der mutmaßlich rechtsmotivierten "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes", kurz Pegida, gefolgt. Die Polizei sprach bei MDR INFO von rund 7.500 Teilnehmern. Viele von ihnen trugen einem MDR-Reporter zufolge Deutschland-Fahnen bei sich. Während des Demonstrationzuges am Elbufer entlang Richtung Theaterplatz riefen sie im Chor "Wir sind das Volk".

"Für eine weltoffene Gesellschaft" steht am 01.12.2014 auf einem Banner an der Semperoper in Dresden.

Doch auch der Gegenwind für Pegida nimmt zu. Zu einer Demonstration kamen etwa 1.200 Menschen zusammen, die mit "Flüchtlinge sind hier willkommen" antworteten. Nach Angaben der Organisatoren wollten sie ein Zeichen für eine weltoffene Stadt setzen. Vor allem junge Leute haben die Pegida-Demos hörbar satt. "Nationalismus raus aus den Köpfen" riefen sie. Mehrere Hundert von ihnen blockierten erstmals die Pegida-Demonstration mit Erfolg und verhinderten so eine Kundgebung vor der Semperoper. Größere Zwischenfälle wurden zunächst nicht bekannt. Die Polizei war mit mehreren hundert Einsatzkräften vor Ort. Nach den Demonstrationen gerieten auf der Heimfahrt im Regionalzug nach Leipzig Pegida-Gegner und -Anhänger aneinander. Mehrere Teilnehmer der Pegida-Demo wurden nach Polizeiangaben geschlagen und beleidigt. Gegen die Täter wird wegen Landfriedensbruchs ermittelt.

## *Pegida-Demonstranten schallt immer mehr Kritik entgegen*

Die Pegida-Demonstrationen in Dresden stoßen auch bundesweit zunehmend auf Kritik. Der Integrationsbeauftragte der SPD-Fraktion im Bundestag, Josip Juratovic, sagte, hier nenne sich eine Gruppe von Menschen patriotisch, die mit ihren Aktionen Hass und Abneigung gegen Menschen schüre, die Zuflucht suchten. Dies schade dem Ansehen Deutschlands. Juratovic sagte weiter, die "wahren Patrioten Sachsens" seien die vielen Tausend engagierten Bürger, die Asylsuchende unterstützten. Den anderen Parteien riet der SPD-Politiker, "nicht im nationalistisch gesteuerten Pegida-Lager auf Stimmenfang zu gehen". Damit würden nationalistische Kräfte gestärkt und die demokratische Grundordnung dauerhaft geschädigt werden.

## *Kritik auch von Kirchen und Initiativen*

Bereits vor Wochen hatten sich zivilgesellschaftliche Initiativen und Kirchengemeinden in Dresden kritisch über die Pegida-Demonstrationen geäußert und deren Anhängern Rechtspopulismus vorgeworfen. Auch die SPD in Sachsen warnt vor einer Verharmlosung der Gruppe. Sachsens Innenminister Markus Ulbig, CDU, hatte in der vergangenen Woche gesagt, bei den Pegida-Demonstranten handele es sich um ein breites Spektrum. "Wir dürfen nicht alle als Nazis beschimpfen". Zugleich kritisierte er die Initiatoren von Pegida. Sie nutzten in den Demonstrationen "die Stimmungslagen in der Bevölkerung aus und picken sich einfach Dinge heraus", so Ulbig.

## **Gegendemonstranten stoppen Pegida**

*sz-online.de, 01.12.2014, dpa*

Erneut folgen viele dem Aufruf der Pegida-Initiative und demonstrieren beim siebenten „Abendspaziergang“ durch Dresden. Dieses Mal gibt es massiven Widerstand.

Dresden. Tausende Bürger haben sich am Montagabend in Dresden erneut an Protesten gegen die Asylpolitik in Deutschland beteiligt. Während nach Polizeiangaben zu einer Kundgebung des Bündnisses „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) rund 7 500 Menschen kamen, stoppten mehr als 1 000 Gegendemonstranten den Marsch der Pegida-Sympathisanten durch die Innenstadt. Nach einer Straßenblockade musste das Bündnis, in dem erneut Rechtsextreme mitliefen, abdrehen und zum Ausgangspunkt zurückkehren. Die Polizei hatte rund 500 Beamte im Einsatz und ließ Proteste in Sicht- und Hörweite zu. „Es war deutlich hitziger als in den letzten Wochen“, sagte ein Polizeisprecher. Allerdings konnte die Polizei beide Lager trennen, zu Ausschreitungen kam es nicht.

Wenige Stunden vor der Kundgebung von Pegida hatte sich die Kritik an dem Bündnis verstärkt. Der Rektor der Technischen Universität Dresden, Hans Müller-Steinhagen, bezog in einer Erklärung deutlich Stellung: „Natürlich sind wir alle von den Gräueltaten des Islamischen Staates (IS) entsetzt und abgestoßen. Aber davon auf das Verhalten aller Muslime, aller Flüchtlinge und Asylbewerber zu schließen, ist falsch und gefährlich und spielt rechtsradikalen Gruppierungen in die Hände“, erklärte der Rektor. Unsicherheiten und latente Angst vor dem Unbekannten und Fremden würden missbraucht, um Abneigung und Widerstand gegen Flüchtlinge zu schüren.

Die Semperoper hing ein großes Transparent mit der Aufschrift „Für eine weltoffene Gesellschaft“ an die Frontseite. Auf dem Theaterplatz stand schon am Nachmittag Polizei. Bis dahin schaffte es Pegida allerdings nicht. Das Bündnis konnte jedoch im Vergleich zur Vorwoche erneut Zulauf verzeichnen. Nach Angaben der Dresdner Veranstalter sind ähnliche Proteste nun auch in anderen deutschen Städten geplant.

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) mahnte angesichts steigender Flüchtlingszahlen Unterstützung und Menschlichkeit für die Betroffenen an. „Alle diejenigen, die zu uns kommen, weil sie vor Krieg und Verfolgung flüchten, sollen hier Schutz oder auch eine neue Heimat finden können“, sagte er der „Sächsischen Zeitung“ (Montag).

## 1500 Dresdner stoppen Pegida-Demo – Rangeleien auf beiden Seiten

DNN-Online, 01.12.2014, sl / dpa

Dresden. Rund 1500 Dresdner haben am Montag gegen die sogenannten Pegida-Demos demonstriert und dabei erstmals verhindert, dass die Sympathisanten der Bewegung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) ihr geplantes Ziel erreichen. Mit einer Sitzblockade auf dem Terrassenufer stoppten mehrere hundert friedliche Gegendemonstranten den Zug. Rund 500 Polizisten waren im Einsatz.

Unter dem Motto „Für grenzenlose Solidarität statt begrenztem Horizont und Nationalismus“ liefen rund 1500 Teilnehmer, die Polizei sprach von rund 1200, zunächst vom Neustädter Bahnhof durch die Altstadt bis zur Lingnerallee. Dort trennte die Polizei die Gegendemonstranten von der Pegida-Demo, die sich dort ab 18.30 Uhr versammelte. „Es war deutlich hitziger als in den letzten Wochen“, sagte ein Polizeisprecher.

Das Bündnis „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“ hatte im Vorfeld zu der Gegendemonstration aufgerufen, die von der Leipziger Linken-Abgeordneten Juliane Nagel angemeldet worden war. Der Bündnissprecher von Dresden Nazifrei, Silvio Lang, sagte: „Es ist erschreckend zu sehen, wie jede Woche mehr Menschen an der Pegida-Demo in Dresden teilnehmen. Einer Demonstration, auf der entgegen aller Fakten so getan wird, als ob über das Asylrecht massenweise Kriminelle und Terroristen nach Deutschland einreisen würden“. Umso wichtiger sei es, dass viele Einwohner der Stadt zeigten, wie viele Menschen sich für ein weltoffenes Miteinander und für Verständigung einsetzen. „Deshalb rufen wir die Menschen dazu auf, an der Demonstration 'Für grenzenlose Solidarität statt begrenztem Horizont und Nationalismus' teilzunehmen“, so Lang.

Als die Pegida-Anhänger - laut Polizei bis zu 7500 - in Richtung Elbe startete, versuchten einige Gegendemonstranten vor den Demo-Zug zu gelangen. Das Vorhaben wurde von Seiten der Polizei mit harten Bandagen verhindert, mindestens ein Gegendemonstrant wurde verletzt. Dabei versuchten auch mehrere Pegida-Teilnehmer zu den Gegendemonstranten durchzubrechen, konnten aber von den Ordnern zurückgehalten werden. Während die Polizei einen Großteil der Gegendemonstranten schließlich am Rathenauplatz festhielt, lief der Pegida-Zug über die Steinstraße zum Terrassenufer. Dabei kam es zu massiven Staus im Feierabendverkehr.

In Höhe der Kunstakademie musste der Zug stoppen: Einige hundert Gegendemonstranten hatten die Straße blockiert. Die Polizei trennte beide Lager, hatte aber mit den Pegida-Teilnehmern einige Probleme, da diese trotz Polizeikette Meter um Meter nach vorn rückten. Doch auch, als aus dem Pegida-Zug ein Böller in Richtung der Beamten flog, blieben diese ruhig.

Am Ende musste Pegida umdrehen. Lutz Bachmann, der zu Beginn einmal mehr Ängste gegen eine vermeintliche Islamisierung schürte und ein Ende des Weihnachtsfestes beschwor, führte seine Demo-Teilnehmer zurück zur Lingnerallee. Dabei lösten sich jedoch einige Grüppchen, die teils Jagd auf Gegendemonstranten machten. Unter anderem an der Synagoge kam es zu Handgemengen, bei denen die Polizei eingreifen musste. Laut Bundespolizei kam es anschließend auch im Regionalzug in Richtung Leipzig zu einem Schlagabtausch zwischen Pegida-Teilnehmern und gegendemonstranten, bei dem die Polizei eingreifen musste. Die Beamten ermitteln hier wegen Landfriedensbruch.

## *Unterstützung für Flüchtlinge gefordert*

Bereits im Vorfeld hatten aufgrund des erneuten Aufmarsches von Pegida zahlreiche Politiker und Institutionen dazu aufgerufen, Zeichen für ein weltoffenes Dresden zu setzen. So hatten unter anderem Staatsschauspiel, Hygienemuseum und Semperoper Aktionen initiiert, um Pegida mit Fakten zu begegnen. An der Semperoper hing ein Plakat, das zu Weltoffenheit aufforderte. Am Schauspielhaus zeigte ein Beamer Fakten zum Asylrecht und zu Ausländern in Sachsen.

Auch der Rektor der Technischen Universität Dresden, Hans Müller-Steinhagen, äußerte sich am Montag zu den Pegida-Demonstrationen. "Was man derzeit in Dresden beobachten muss, ist äußerst beunruhigend. Tausende Menschen finden sich in der Innenstadt zusammen, um gegen die 'Islamisierung des Abendlandes' zu demonstrieren. Natürlich sind wir alle von den Gräueltaten des Islamischen Staates (IS) entsetzt und abgestoßen. Aber davon auf das Verhalten aller Muslime, aller Flüchtlinge und Asylbewerber zu schließen, ist falsch und gefährlich und spielt rechtsradikalen Gruppierungen in die Hände." Unsicherheiten und latente Angst vor dem Unbekannten und Fremden würden missbraucht, um Abneigung und Widerstand gegen Flüchtlinge zu schüren.

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) mahnte angesichts steigender Flüchtlingszahlen Unterstützung und Menschlichkeit für die Betroffenen an. „Alle diejenigen, die zu uns kommen, weil sie vor Krieg und Verfolgung flüchten, sollen hier Schutz oder auch eine neue Heimat finden können“, sagte er der „Sächsischen Zeitung“.

## **Erneut Tausende bei Pegida-Demo**

freipresse.de, 01.12.2014, (oha)

Dresden. Erneut haben in Dresden mehrere Tausend Menschen gegen eine angeblich drohende Islamisierung demonstriert. Zur siebenten Veranstaltung der Initiative Pegida ("Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes") kamen am Montagabend nach Polizeiangaben rund 7500 Menschen. Pegida-Gründer Lutz Bachmann prangerte einmal mehr die in seinen Augen "unselige Asylpolitik" an.

An einer Gegenveranstaltung der Antifa Dresden, die unter dem Motto "Rassismus demaskieren" mobilisiert hatte, nahmen laut Polizei etwa 1000 Menschen teil. Beide Gruppen, die sich in der Innenstadt direkt gegenüberstanden, wurden durch ein Großaufgebot der Polizei voneinander getrennt. Eine Sitzblockade stoppte die Pegida-Demonstration schließlich am Terrassenufer.

Als Reaktion auf die Anti-Islam-Demonstrationen organisiert die Landeszentrale für politische Bildung am Mittwochabend in Dresden eine Podiumsdiskussion. Unter der Überschrift "Wie verteidigen wir das Abendland?" diskutieren ab 19 Uhr im Haus der Kathedrale, Schlossstraße 24, Politikwissenschaftler Werner Patzelt, der Linke-Politiker Peter Porsch und Kabarettist Uwe Steimle. Auch ein Pegida-Vertreter sei angefragt worden, hieß es. Eine Antwort stand jedoch am Montag noch aus.

## "Pegida spricht aus, was die Leute denken"

MDR, 01.12.2014, Christin Bohmann

Seit Wochen ziehen jeden Montag in Dresden mehrere tausend Menschen schweigend durch die Straßen der Innenstadt und protestieren als "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes", kurz Pegida. Wir haben mit dem Leipziger Rechtsextremismus-Forscher Johannes Kiess über das Phänomen und die Menschen dahinter gesprochen.

*Herr Kiess, welche Ziele hat die selbst ernannte Bürgerbewegung Pegida?*

Dieses Bündnis erinnert in seinem Kern stark an die Anti-Asyl-Demonstrationen zum Beispiel im erzgebirgischen Schneeberg, die bereits im vergangenen Jahr und auch in diesem stattfanden. Die Gruppe der Teilnehmer ist ähnlich strukturiert: Vom Durchschnittsbürger bis zum Neonazi ist alles dabei. Wie in Schneeberg demonstrieren die Menschen in Dresden gegen Zuwanderung, die Asylbewerber-Thematik wird auch hier aufgegriffen. Der Unterschied zu diesen Demonstranten ist jedoch der Schwerpunkt auf die Islamisierung, von der sich die Pegida-Demonstranten zusätzlich bedroht sehen, wohl auch im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den sogenannten Islamischen Staat in Syrien.

*Der Ausländeranteil in Sachsen ist im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr gering. Der Bundesdurchschnitt lag 2012 bei 8,2 Prozent, in Sachsen gerade einmal bei 2,2 Prozent. Der Anteil der Muslime ist noch weit geringer. Woher stammt diese Angst vor Überfremdung?*

Unsere Studien haben gezeigt, dass die allgemeine Ausländerfeindlichkeit in Deutschland von 2012 zu 2014 abgenommen hat. Dagegen beobachten wir eine zunehmende Abwertung von bestimmten Gruppen, wie Asylbewerbern, Muslimen, Sinti und Roma. Auf sie werden Vorurteile und vermeintliche Probleme projiziert. Zum Beispiel, dass diese Gruppen durch ihre kulturelle Andersartigkeit "unseren" Wohlstand bedrohten. Dass gleichzeitig eigentlich nur wenige Ausländer in ihrer Umgebung leben, fördert die Vorbehalte vermutlich, das interkulturelle Miteinander fehlt. Dieser Nicht-Kontakt ist vielleicht auch ein Grund für den besonders großen Zulauf der Pegida-Demonstrationen.

*Vergangene Woche nahmen rund 5.500 Teilnehmer an der Pegida-Kundgebung in Dresden teil. Die Organisatoren dieser "Spaziergänge" achten strikt auf Friedlichkeit und Schweigen. Nur selten werden Sprüche skandiert, dann aber ist u.a. "Wir sind das Volk" zu hören. Wie ist diese Symbolik zu verstehen?*

Die Verwendung von positiv besetzten Sprüchen wie "Wir sind das Volk" ist natürlich clever. Dagegen kann man eigentlich nicht sein, zumindest auf den ersten Blick. Das öffnet die Gruppe für potenziell Interessierte, die durch ein zu martialisches Auftreten abgeschreckt würden. Die Veranstalter verhindern außerdem offen rassistische Sprüche, um nicht in die Ecke rechtsextremer Gruppen gestellt zu werden.

*Die Pegida-Betreiber selbst erklären, sie wünschten "keine Beteiligung von Rechtsextremen oder Rassisten". Gleichzeitig laufen bei diesen sogenannten "Spaziergängen" auch stadtbekanntes Neonazis mit. Welches Radikalisierungspotenzial steckt hinter solchen Veranstaltungen?*

Die Übergänge sind fließend. Denn auch wenn sich die Organisatoren und Teilnehmer nicht als Extremisten sehen, so sind ihre Ansichten dennoch rechtsextrem, d.h. anti-demokratisch und abwertend bestimmten Minderheiten gegenüber. Sie verbreiten Äußerungen, die sich an Vorurteilen bedienen oder stigmatisierend für die betroffenen Gruppen sind. So erklärt PEGIDA, man sei nicht

generell gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, nur von Wirtschaftsflüchtlingen. Menschen, die wirtschaftlicher Not und Kriegen entfliehen, werden so zur Bedrohung des eigenen Wohlstands und des hiesigen Sozialsystems stilisiert. Das sind pauschalisierende Verurteilungen, die weniger über die tatsächlichen Flüchtlinge aussagen als über die Demonstrierenden selbst. Eigene Ängste werden auf Schwächere projiziert. Das sind im Übrigen Meinungen, die weit verbreitet sind in der Gesellschaft. Es gibt auch heute noch ein großes anti-demokratisches Potenzial und das bricht hier offen aus.

*Dennoch scheinen viele Demonstranten der Meinung zu sein, Pegida spreche Themen offen an, im Gegensatz zu Politikern und Parteien.*

Tatsächlich haben Gruppen wie Pegida vor allem deshalb so einen großen Zulauf, weil die Menschen das Gefühl haben, viele Konflikte würden von der Politik nicht angesprochen. Zuletzt ließ sich das auch bei den Wahlen in Thüringen und Sachsen beobachten, wo die AfD Zuwächse verbuchen konnte, auch aus dem Grund, weil dieser Partei vielleicht nicht die Problemlösung als Kompetenz zugeschrieben wurde, wohl aber die Kompetenz, Themen anzusprechen. Wenn etablierte Parteien das Mantra der Alternativlosigkeit predigen, können natürlich andere scheinbare Alternativen präsentieren.

Ähnlich ist es bei Pegida. Die Menschen fühlen sich mit den Themen, die sie auch weit über die Themen Religion oder Flüchtlinge hinaus umtreiben, nicht ernstgenommen von der Landespolitik, auch von "der Politik" insgesamt. Pegida spricht aus, was die Leute denken. Richtig gefährlich wird es dann, wenn die Landesregierung diese Themen durch den Druck auch aufnimmt – und diese von rechts gesetzten Themen dann in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind, egal ob sachliche Gründe dafür vorliegen oder nicht.

*Aber Ignoranz ist ja wohl auch nicht der richtige Weg. Was raten Sie?*

Viele Politiker machen den Fehler, Themen falsch zu adressieren. Sie müssen die Ängste der Menschen ernstnehmen und gleichzeitig beweisen, dass sie unbegründet sind. Deutschland ist ein reiches Land, das von seinem Wohlstand auch in der Hinsicht Gebrauch machen sollte, anderen zu helfen – und diese Hilfe als Bereicherung für die Gesellschaft und nicht als Last zu sehen. Hilfe ist etwas Gutes. Dieses positive Bewusstsein muss wieder betont werden.

Aber solange sich Deutschland dagegen sperrt, auch auf europäischer Ebene grundsätzliche und vor allem menschenwürdige Lösungen zu finden, wie mit Zuwanderung und insbesondere Flüchtlingen umgegangen werden soll, kann man auch auf regionaler Ebene keine Wunder erwarten. Und solange der angesprochene Kulturwandel fehlt, muss sich die Politik auch mit Phänomenen wie Pegida auseinandersetzen.

## **Appelle für weltoffenes Dresden: Bürgerschaft will Pegida mit Fakten begegnen**

*DNN, 01.12.2014, Stephan Lohse*

Dresden. Anlässlich des erneuten Aufmarsches von Pegida am Montagabend haben zahlreiche Politiker und Institutionen dazu aufgerufen, Zeichen für ein weltoffenes Dresden zu setzen. So haben unter anderem Staatsschauspiel und Semperoper für den Abend Aktionen angekündigt, um Pegida mit Fakten zu begegnen.



"Wir möchten uns in die Diskussion einbringen, weil wir befürchten, dass unsere Gesellschaft ihre Offenheit, ihre Toleranz und Ihre Nächstenliebe verliert. Dies geschieht, wenn die Angst, die viele Menschen haben, von politischer Seite instrumentalisiert wird. Man muss die Ängste der Menschen ernst nehmen - darum wollen wir den Demonstrationen mit nüchternen Fakten begegnen", teilte das Staatsschauspiel am Montag mit. „Der Umgang mit Fremden, mit Flüchtlingen ist ein ernstes und wichtiges Thema. Es ist zu ernst und zu wichtig, um es den Demagogen und Populisten zu überlassen."

"Es wird zunehmend offensichtlich, dass Teile der Pegida fremdenfeindliche Ressentiments bedienen, und Vorurteile gegen Flüchtlinge schüren", sagt Sven Gärtner, Vorsitzender von JuliA, der Nachwuchsorganisation der FDP. „Nicht nur angesichts des niedrigen Anteils an Muslimen an der sächsischen Bevölkerung ist es grotesk in Dresden gegen eine angebliche Islamisierung des Abendlandes zu protestieren. Verunsicherte Menschen müssen über die tatsächlichen Daten und Fakten aufgeklärt werden."

Gärtner reif am Montag zum Protest auf. „Wir unterstützen friedliche Gegendemonstrationen in Sicht- und Hörweite ohne Blockaden. Fremdenfeindlichkeit auf Dresdner Straßen kann nicht unbeantwortet bleiben. Das von der Pegida immer wieder für sich reklamierte Recht auf Meinungsfreiheit schließt nicht das Recht ein, keinen öffentlichen Widerspruch zu erfahren.“

Ab 16 Uhr findet eine Demonstration gegen Rassismus statt, die am Bahnhof Neustadt beginnt und quer durch die Innenstadt führen wird. Ab 18.30 Uhr werden dann wieder zahlreiche Teilnehmer bei der sogenannten Pegida-Demo erwartet. In der Vorwoche war dort aufgrund zahlreicher zugereister Demonstranten ein neuer Teilnehmerrekord erreicht worden.

Diskutiert wird, wie Pegida politisch zu verorten ist. Die Organisatoren selbst geben sich unpolitisch, an den Demos sind aber offenkundig zahlreiche Hooligans und Rechtsextreme beteiligt. Zaghafte Versuche von Pegida, sich davon zu distanzieren, scheiterten bisher. So wurde beispielsweise ein Facebook-Posting zum Thema NPD-Beteiligung schnell wieder gelöscht, nachdem sich zahlreiche Pegida-Anhänger dort offen für eine Beteiligung der Rechtsextremen aussprachen. Offiziell waschen die Demo-Macher ihre Hände in Unschuld, man könne den Rechtsextremen die Teilnahme nicht verbieten.

„Es gibt einen Teil in der Bevölkerung, der eine latente Fremdenfeindlichkeit in sich trägt. Dafür ist damit ein Ventil gefunden. Da bietet sich die Möglichkeit, Flüchtlinge abzulehnen, weil es ja ein islamistischer Terrorist sein könnte. Aber ich will nicht unterstellen, dass da nur eingefleischte Rassisten unterwegs sind“, so der Vorsitzende des Dresdner Ausländerbeirates, Victor Vincze in einem DNN-Interview am Montag. „Es sind auch Menschen dabei, die sich Sorgen um den Wert ihrer Grundstücke im Umfeld von Heimen machen. Aber das Problem sind die Kräfte, die diese Ängste bewusst manipulieren“, ordnet er die Bewegung ein. „Die diffusen Ängste der Bürger sind aber wohl unterschätzt worden. Da hat sich jetzt ein Bild breit gemacht, dass eine Armee von kriminellen Dschihadisten auf uns zureitet und die Bevölkerung mit Säbeln niedermetzelt. Diese Ängste werden jetzt von bestimmten Kräften instrumentalisiert zu politischen Zwecken.“

Pegida wendet sich vorrangig gegen angebliche Glaubenskriege auf deutschem Boden. Wie maßgeblich das für Sachsen ist, zeigen die Zahlen des Innenministeriums. Laut dem Verfassungsschutzbericht gab es 2013 exakt drei Fälle von „Ausländerextremismus“, keinen davon in Dresden oder dem Umland. Dem gegenüber stehen allein 146 fremdenfeindliche Vorfälle, davon 36 in Dresden. „Jeder kann mit seinem eigenen gesunden Menschenverstand bewerten, ob diese Zahl die Aussage stützt, Dresden und Sachsen drohe die Islamisierung und der Untergang“, sagt Christian Demuth, Vorsitzender von Bürger.Courage. „Wenn es ein Problem in Sachsen gibt, dann sind es rechte Straftaten. Das ist aber nun wirklich keine neue Erkenntnis.“

Zweiter Punkt der Pegida-Demos ist die Ablehnung sogenannter Wirtschaftsflüchtlinge. Auch hier laufen die Forderungen aber faktisch ins Leere, da das deutsche Asylrecht grundsätzlich nur für politisch Verfolgte gilt. Das Asylrecht für Kriegsflüchtlinge wird von Pegida offiziell auch nicht negiert. „Es wird in den Reden immer wieder betont, man habe doch nichts gegen Kriegsflüchtlinge. Wenn das stimmt: Warum rufen die Verantwortlichen von Pegida dann nicht zur Hilfe für Flüchtlinge auf“, fragt Demuth. „Warum verteidigten sie nicht die Unterbringung von Flüchtlingen in Dresden?“ Werde dies von Seiten Pegidas nicht gemacht, „so ist diese vermeintliche Offenheit für Kriegsflüchtlinge doch nur vorgeschoben“.

Auch Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat angesichts steigender Flüchtlingszahlen in Sachsen Unterstützung und Menschlichkeit angemahnt. „Alle diejenigen, die zu uns kommen, weil sie vor Krieg und Verfolgung flüchten, sollen hier Schutz oder auch eine neue Heimat finden können“, sagte er der „Sächsischen Zeitung“. „Menschen, die zu Recht Hilfe beanspruchen, brauchen unsere Unterstützung“, appellierte er auch unter Verweis auf die Menschen, die in der Vergangenheit ins Land kamen und deren Fähigkeiten und Leistungsbereitschaft wie selbstverständlich zu Sachsen und seinen Traditionen gehörten.

Daher warb Tillich aktuell um Unterstützung bei Unterbringung und Integration der Flüchtlinge. Dies sei „eine Herausforderung, die wir nur gemeinsam als Gesellschaft lösen können“. Der Regierungschef betonte, dass Integration aber nur gelinge, „wenn bei Gästen und Gastgebern gleichermaßen Toleranz vorhanden ist“. Wichtig sei, dass Gesetze und Wertvorstellungen des Gastgeberlandes beachtet werden. Es gelte aber auch, dass die, die nicht als Flüchtlinge oder Schutzbedürftige anerkannt werden können, wieder ausreisen müssten.

## **Welche Rolle spielt der Islam in Mitteldeutschland?**

*MDR, 01.12.2014, Sebastian Hesse*

Heute vor einer Woche waren es rund 5.500 Menschen, die in Dresden gegen eine angebliche Islamisierung des Freistaates auf die Straße gingen. Für heute Abend haben die selbsternannten "Pegida", - das steht für "Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes" -, erneut zu einer Montags-Demo aufgerufen. Was ist von dieser bürgerlichen Protestbewegung zu halten? Hat sie Recht, wenn sie eine Islamisierung Mitteldeutschlands fürchtet?

Wer in die schöne sächsische Landeshauptstadt fährt, dem springt sofort die Silhouette einer Moschee ins Auge. Bei dem Wahrzeichen Dresdens handelt es sich jedoch nicht um das architektonische Sinnbild eines Kalifats an der Elbe, sondern um die historische Tabakfabrik Yenidze aus dem Jahre 1908.

Tatsächlich sind islamische Kuppelbauten und Minarette ein äußerst seltener Anblick in Mitteldeutschland: In Dresden und Leipzig gibt es je ein größeres muslimisches Gotteshaus. In Thüringen gibt es keine eingetragene Moschee, in Sachsen Anhalt etwa das Islamische Kulturcenter in Halle-Neustadt; --- von außen nicht als solches erkennbar. Die drei mitteldeutschen Länder geben sich bei den Jahresstatistiken die Klinke in die Hände, welches nun den bundesweit niedrigsten Ausländeranteil hat: Er schwankt jeweils um die zwei Prozent. Der Bundesschnitt liegt bei 8,2 Prozent. Es gibt keine Statistiken darüber, wie viele Menschen sich hier zum Islam bekennen.

## *Thüringen*

Für Thüringen geht der dortige Verfassungsschutz von rund 7.000 Personen muslimischen Glaubens aus. Nur ein verschwindend geringer Prozentsatz davon neigen zum Extremismus: Die Verfassungsschützer sprechen von rund 50 Salafisten.

## *Sachsen*

Blick ins Nachbarland, nach Sachsen: "Das sächsische Landesamt zählt insgesamt im Freistaat etwa 190 Personen, die islamistischen Bestrebungen zugeordnet werden. Unter diesen 190 Personen zählt das Amt etwa 100 Anhänger salafistischer Bestrebung. Mit einem gewissen regionalen Schwerpunkt in der Leipziger Region", sagt Martin Döring, der Pressesprecher des sächsischen Verfassungsschutzes. Das sind zwar immer noch wenige Anhänger dieser orthodoxen Spielart des Islam - aber die Tendenz ist deutlich steigend: "Die aktuellen Zahlen sprechen dafür, dass sich diese Zahl etwas nach oben bewegt. Also von einem relativ niedrigen Niveau von etwa 100 Salafisten im Freistaat Sachsen wird diese Zahl um etwa 30 Prozent ansteigen."

Immerhin: Ein 30 prozentiger Zuwachs an Salafisten! Allerdings unterscheiden die Verfassungsschützer zwischen politischem Salafismus, der gewaltfrei auf Propaganda setzt. Und jihadistischem Salafismus, von dem durchaus Gewalt ausgeht. Und mit dem regionalen Schwerpunkt in Leipzig meint der Verfassungsschützer die Al-Rahman Moschee in der Roscherstraße, in einem DDR-Plattenbau. Der dortige Imam Hassan Dabbagh ist inzwischen bundesweit als regelmäßiger Talkshow-Gast bekannt. Hier äußert er bei Frank Plabberg, vor knapp zwei Monaten, Verständnis für die Angst vor Islamisten: "Ich verstehe, dass die Bevölkerung in Deutschland Angst hat. Ich verstehe, dass man natürlich Sorgen sich macht. Aber das kommt durch bestimmte Ursachen, das kommt nicht von heute auf morgen. Sondern man hat in Deutschland eine Strategie, sage ich jetzt, die ganze Zeit verfolgt, indem man die klassische Konditionierung gemacht: Islam, Bomben, Terrorismus. Wenn Sie nur von Terrorismus sprechen, von Bomben sprechen, dann denken die Leute sofort an Islam." Der Syrer und deutsche Staatsbürger wird übrigens vom Verfassungsschutz beobachtet. Ein Münchener Verfahren gegen den Salafisten wegen Volksverhetzung und Bildung einer kriminellen Vereinigung wurde 2010 eingestellt.

## *Sachsen-Anhalt*

Abschließend noch ein kurzer Blick nach Sachsen-Anhalt: Das Magdeburger Innenministerium bezeichnet die Anzahl der Salafisten als "im niedrigen zweistelligen Bereich". In Sachsen Anhalt seien bislang "keine fest gefügten Strukturen islamistischer Organisationen und Gruppierungen bekannt geworden". Jedoch seien Einzelpersonen in überregionalen Gruppierungen wie der "Nordkaukasischen Separatistenbewegung" oder dem "Kaukasischen Emirat" aktiv.

## **Demonstrationen auf beiden Seiten der Elbe am Montag**

sz-online.de, 29.11.2014, Alexander Schneider

Am Montag werden sich erneut mehrere Tausend Menschen in der Innenstadt versammeln. Es ist mit Verkehrsbehinderungen zu rechnen.

Von Montag zu Montag gehen mehr Menschen auf die Straße, um gegen Glaubens- und Stellvertreterkriege auf deutschem Boden und eine ihrer Meinung nach verfehlte Asylpolitik zu demonstrieren. Die Initiatoren des Bündnisses „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) erwarten deutlich mehr Teilnehmer als die 5 500 der letzten Woche. Ihre Demo startet um 18.30 Uhr, wahrscheinlich wieder an der Halfpipe in der Lingnerallee – in Ermangelung der nun mit Weihnachtsmärkten besetzten Flächen.

Mehrere Initiativen kritisieren Pegida als rassistisch und fremdenfeindlich und werden daher ebenfalls am Montag demonstrieren. Das Motto der verschiedenen antifaschistischen Gruppen, darunter auch die Grüne Jugend und das Bündnis „Dresden nazifrei“ lautet „Rassismus demaskieren – Für grenzenlose Solidarität statt begrenzten Horizont und Nationalismus.“ Sie sammeln sich bereits gegen 16 Uhr vor dem Bahnhof Neustadt. Dort werden zahlreiche Antifaschisten mit einem Zug aus Leipzig erwartet. Vom Schlesischen Platz führt die Demo hinüber auf die Altstädter Seite.

Neben mindestens 5 500 Pegida-Teilnehmern rechnet die Polizei auf der Seite der Gegendemonstranten mit weiteren rund 600 Menschen. Protest in Sicht- und Hörweite ist zu erwarten. „Wir bleiben bei unserem Einsatzkonzept wie in den vergangenen Wochen“, sagte Polizeisprecher Thomas Geithner. Er setzt auf eine friedliche Konfrontation. Ohne dass Geithner es gesagt hätte, kann man wohl dennoch davon ausgehen, dass deutlich mehr Polizisten als die 370 Beamten von vergangener Woche dafür sorgen, dass sich die beiden Demos nicht zu nahe kommen.

Auch die Auswirkungen auf den Verkehr werden deutlich gravierender – zum einen, weil weit mehr Menschen auf den Straßen unterwegs sein werden, zum anderen, weil auch mehr Weihnachtsbummler und Striezelmarkbesucher in der Stadt sind. Wer also nicht auf sein Auto angewiesen ist, sollte es tunlichst zu Hause lassen.

## Pressespiegel bundesweit, 29.11.2014 - 02.12.2014

### **"Die Partei" kapert Pegida-Marsch mit Homo-Plakat**

welt.de, 02.12.2014, Marcel Leubecher

7500 Pegida-Anhänger demonstrierten gegen die "Islamisierung des Abendlandes". Doch auch Funktionäre der "Partei" marschierten mit und instrumentalisierten den Protest für ihre "homoerotischen Ziele".

Seit Wochen marschieren Tausende Zuwanderungsgegner in heiligem Ernst montags durch Dresden, um ihr Unbehagen an der wahrgenommenen Überfremdung ihrer Heimat auszudrücken. 7500 Dresdner schlossen sich Montagabend dem siebten "Abendspaziergang" der Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) an.

Unter den wenigen Plakaten stach besonders eines heraus: "Heimat-Orientierte Marschieren Öffentlich FÜR Sächsisch-Teutonisches ENGagement" stand dort in schwarzen Lettern auf einem weißen Laken. Weder den linksradikalen Gegendemonstranten, noch den Pegida-Anhängern fiel auf, dass sich da subversive Elemente in die Reihen der abendländischen Truppe eingeschlichen hatten.

#### *"Homoerotische Ziele"*

Einen Tag später kam die Auflösung vonseiten der wohl lustigsten politischen Gruppierung Deutschlands seit der MLPD: "Die Partei" um Komiker Martin Sonneborn und die Satire-Zeitschrift "Titanic" zeichnete verantwortlich für den seltsamen Slogan. Der "Partei"-Kreisverband Dresden schrieb am Dienstagvormittag auf seiner Facebook-Seite: "Okay, okay; es war für die Hooligannazis zu kompliziert zu erkennen, dass wir sie für unsere homoerotischen Ziele instrumentalisiert haben."

Für alle, die bisher noch nicht versucht haben, sich einen Reim aus der seltsamen Orthografie der heimatorientierten Parole zu machen, hier die Auflösung: Wenn Sie sich ganz scharf konzentrieren und die Großbuchstaben aus dem übrigen Slogan isolieren und anschließend zusammenfügen, lesen Sie: Na? Was? Homofürsten.

### **Wer ist hier das Volk?**

zeit.de, 02.12.2014, LENZ JACOBSEN

In Dresden demonstrieren Tausende gegen eine vermeintliche Islamisierung. Der Politik trauen sie nicht, mit Medien reden sie nicht, aber im Recht sind sie ganz sicher.

Dunkel und sehr kalt ist es im Abendland, aber die Patrioten stört das nicht. Heimelig ist die Stimmung und die gemeinsame Sache wärmt. Ein paar Tausend Menschen stehen an diesem ersten Dezemberabend am Rande der Dresdner Altstadt. Familien, Rentner, Gruppen junger Männer und mittelalte Frauen mit rot gefärbten Kurzhaarfrisuren. Nazis sind keine zu sehen, aber die kann man ja längst nicht mehr an Äußerlichkeiten erkennen. Dazu müsste man schon mit ihnen reden, oder besser: Sie müssten mit einem reden.

Tun sie aber nicht. Die "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) sind still. Nur einen Spruch rufen sie immer wieder: "Wir sind das Volk". Aber auf die Frage, welches Volk sie denn meinen, wer dazu gehört und wer nicht, möchten sie nicht antworten, zumindest der Presse nicht. Ein Volk hat sich nicht zu erklären. Es ist einfach da und hat deshalb recht.

Pegida hat sich in den vergangenen Wochen von einer Dresdner Mini-Demonstration in ein deutschlandweites Phänomen verwandelt. Jeden Montag ziehen mehr Menschen auf "Spaziergängen" durch die Innenstadt, obwohl keine Parteien oder andere schlagkräftige Organisationen dahinter stehen und obgleich überregionale Medien die Proteste bisher weitgehend ignorieren. Vergangene Woche waren es 5.500, diesmal wird die Polizei am Ende von 7.000 sprechen, trotz der Kälte. In etlichen anderen Städten gibt es mittlerweile kleine Ableger.

Es ist nach den Montagsmahnwachen und den "Hooligans gegen Salafisten"-Veranstaltungen die dritte Welle von Protesten, die sich gegen eine vermeintliche Islamisierung, aber auch gegen Politik und Medien richtet. Pegida kommt dabei weitgehend ohne die Gewalttätigkeit der Hooligan-Demos aus, und weitgehend auch ohne die Verschwörungstheorien der Montagsmahnner und Reichsbürger, die in Flugzeugabgasen ein Mittel zur staatlichen Gedankenkontrolle vermuten. Nein, die Patrioten treiben andere Sorgen um.

*Wird Christstollen umbenannt?*

Lutz Bachmann nimmt sich ein Mikro, er ist der Veranstalter der Pegida-Demo. Ein nicht sehr großer Mann, dessen Gesichtszüge durch einen Vollbart weich wirken. Er schimpft ein wenig auf die "Heime mit Vollversorgung" für Flüchtlinge, während die deutschen Alten sich "manchmal noch nicht mal ein Stück Stollen leisten können zu Weihnachten". Überhaupt, der Stollen. "Es ist eigentlich nur eine Frage der Zeit, bis auch der Dresdner Christstollen, der Nürnberger Christkindlglühwein oder Pulsnitzer Weihnachtslebkuchen umbenannt werden." Schließlich hieße jetzt in Berlin der Weihnachtsmarkt schon Wintermarkt, um die religiösen Gefühle von Nicht-Christen nicht zu verletzen.

Das sind so die Probleme hier. Die Angst vor Islamisierung hat viele Facetten. Sonder-Schwimmstunden für muslimische Mädchen gehören ebenso dazu wie Schlägereien zwischen Muslimen und Jesiden in deutschen Städten oder Berichte über die Greuelthaten des IS in Syrien. Alles zusammen türmt sich für die Menschen hier zu einer gefühlten Bedrohung auf.

Dazu kommt, und vielleicht ist das entscheidender, das Gefühl, allein gelassen zu werden von der Politik. Verbitterung und Misstrauen sind die Folgen. "Wer denkt eigentlich an uns, wenn solche Gesetze erlassen werden", ruft Bachmann in die Menge. "Wir sind eigentlich der Gastgeber und sollten die Tischregeln bestimmen. Heute ist es wieder an der Zeit, den Herrschenden ganz klar Einhalt zu gebieten, und unsere Kultur zu schützen." Da jubeln sie so laut wie nie an diesem Abend. Bachmann erwähnt auch die Pläne des Innenministers Thomas de Maizière, der kriminelle Ausländer schneller abschieben will. Er findet das gut, traut dem Minister aber nicht. "Ich halte auch das wieder für Augenschwermere und Beruhigungstaktik, damit das Volk wieder auf der Couch vor dem RTL2-Programm Platz nimmt und bloß nicht anfängt zu denken."

Das ist nun genau die Stelle, an der man mit Bachmann oder irgendwem anders hier endlich ins Gespräch und ins Denken kommen müsste. Darüber, warum sie allen Politikern nur Böses unterstellen. Wo denn für sie genau die Grenze verläuft zwischen der Akzeptanz von Muslimen und der kulturellen Selbstaufgabe des Abendlandes. Müssen alle so leben wie sie selbst, oder dürfen sie ihr Anderssein nur nicht zu deutlich zeigen? Und was wurde ihnen, so ganz persönlich, eigentlich schon kaputtislamisiert?

Fragen wir das mittelalte Funktionsjackenpärchen da drüben. Hallo, reden Sie mit der Presse? "Nein, das wird ja sowieso alles verdreht." Dann vielleicht der Mann mit der Wollmütze und der Deutschlandfahne, warum sind Sie hier? "Meine Mama hat mir beigebracht, dass es den Geist gesund hält, an die frische Luft zu gehen, deshalb bin ich hier", grinst er. "Mehr sage ich nicht."

So geht das immer weiter. Zwölf Anläufe, niemand will mit Journalisten sprechen. Selbst die Hooligans sind gesprächsbereiter, selbst die Rechtspopulisten von Pro Köln, die salafistischen Anhänger von Pierre Vogel oder die Verehrer des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan. Sie alle wollen argumentieren oder zumindest ihre Botschaft loswerden, sie wollen andere überzeugen, dass sie recht haben. Die Menschen bei Pegida wollen niemanden mehr überzeugen. Sie sind ja selbst schon das Volk.

### *Ärger über "Claudia Fatima Roth"*

Lutz Bachmann selbst gibt eigentlich auch keine Interviews. Fragen der Sächsischen Zeitung beantwortete er nur schriftlich, und als sich der Journalist vorbehielt, die Antworten zu kürzen, fühlte sich Bachmann gleich an die DDR erinnert: "Diese Methoden sind den Bürgern noch allzu gut bekannt und sie werden auch diesmal, wie vor 25 Jahren, nicht funktionieren." Für ihn ist das alles Diffamierung, Diskreditierung. Auch die Fragen nach seiner Vergangenheit.

Bachmann ist mehrfach vorbestraft, er geht offen damit um, es ist viele Jahre her. Bachmann hat im vergangenen Jahr bei Facebook geschrieben, "Claudia Fatima Roth" und die "Öko-Terroristen" gehörten "standrechtlich erschossen". Dass all das hier nun wieder aufgeführt wird, wird er als Kampagne gegen sich verstehen. Aber vielleicht kann das ja jeder selbst entscheiden, ob diese Fakten "an der Sache, um die es Pegida geht, aber auch gar nichts ändern", wie Bachmann sagt.

Dann ziehen sie los, entlang der Dresdner Altstadt Richtung Elbe. Sie schwenken ein paar Deutschlandfahnen oder halten Ortsschilder hoch, um zu zeigen, wohin sich Pegida schon verbreitet hat. Von der anderen Straßenseite rufen die Gegendemonstranten herüber, mehrere Hundert sind es. "Pegida, Faschistenpack, wir haben euch zum kotzen satt", oder "Nationalismus, raus aus den Köpfen!" Manchmal versuchen einige der schwarz gekleideten Antifa-Jugendlichen durchzubrechen durch die Polizistenreihen zur Pegida-Seite, aber erfolglos. "Lasst die Kinder doch schreien", sagt ein Ordner zu den patriotischen Spaziergängern, und die grinsen nur über die Spinner da drüben.

An der Elbe dann blockieren die Gegendemonstranten den Weg, alles bleibt stehen, und es findet sich dann doch noch jemand, der reden will. Karl-Heinz, 68 Jahre alt, ärgert sich, dass er hier steht und nicht die Muslime. "Ich will die hier sehen, wenn es angeblich nicht islamisch ist, was der IS in Syrien macht." Jeden Montag ein muslimischer Spaziergang gegen islamistischen Terror, das wünscht er sich.

Karl-Heinz, graue Haare und randlose Brille, der seinen Nachnamen nicht nennen will, ärgert sich auch über Wirtschaftsflüchtlinge. "Wer wirklich leidet, die Syrer, die können ja gerne kommen, aber es war doch ein Fehler, für alle die Grenze zu öffnen, die arm sind." Offene Grenzen für Arme? Laut Asylgesetz dürfen Menschen doch nur dann hier bleiben, wenn sie aus politischen oder humanitären Gründen verfolgt werden.

"Jaja", sagt Karl-Heinz, "das ist ja auch gut so, aber dass hier auch welche versorgt werden, auch mit Gesundheitsversorgung und allem, die gar nicht eingezahlt haben, das geht doch nicht." Sie meinen die Asylbewerber? Aber die werden doch nur so lange versorgt, wie ihr Verfahren läuft und bis also festgestellt ist, ob sie einen Asylgrund haben oder wirklich nur wegen des Geldes hier sind. Was wollen Sie denn nun von der Politik genau?

Da sagt Karl-Heinz: "Ich bin der Meinung, das könnte schneller gehen. Das erkennt man doch schneller, warum jemand hier ist. Da setzt man die halt mal zum Psychologen." Also demonstriert er heute letztlich dafür, dass der Staat mehr Psychologen zur Behandlung der Asylverfahren einstellt?

*"Natürlich ist das rechts hier"*

Karl-Heinz grummelt die Frage weg und sagt: "Natürlich ist das rechts hier, ich würde mich schon als rechts bezeichnen, nur bloß nicht als rechtsradikal." Er ist jetzt in Fahrt. "Also das ist doch was anderes, das ist ja fürchterlich. Wie kann man dem entkommen, ohne das man gleich als Nazi beschimpft wird." Niemand hat Karl-Heinz als Nazi beschimpft.

Er hat übrigens eine Enkelin, die lebt in Berlin "und die sagt, ja, sollen sie doch kommen, immer mehr Ausländer sollen zu uns kommen, der können das gar nicht genug Ausländer sein". Man sieht Karl-Heinz an, dass er seine Enkelin nicht versteht. "Heute stünde die bestimmt da drüben", sagt er und deutet mit dem Finger hoch auf die Promenade, wo die jungen Linken zu ihm herunterschimpfen.

Irgendwann dreht der Pegida-Zug einfach um. Sie haben es nicht bis in die Altstadt geschafft, die Gegendemonstranten feiern das als Erfolg, so wie die Pegida-Läufer sich als die Sieger fühlen, weil sie heute eindeutig die friedlicheren waren. Dann geht das Volk, linkes wie rechtes, nach Hause. Bis nächste Woche.

## **Gegenwehr kann nur aus der Bevölkerung kommen**

*Kölner Stadtanzeiger, 02.12.2014, Robert Briest*

Gegendemonstranten stoppten am Montag die rechte Pegida-Demo in Dresden. Ein Erfolg, der zeigt, dass eine wirksame Reaktion in Sachsen nur aus der Zivilgesellschaft kommen kann. Denn die CDU-Regierung scheut traditionell klare Bekenntnisse gegen Rechts.

Mit rechten Großaufmärschen hat Dresden Erfahrung. Über Jahre war der Jahrestag der Bombardierung vom 13. Februar 1945 ein Fixpunkt im Terminkalender der extremen Rechten. Teilweise marschierten bis zu 7000 Neonazis durch die Stadt. Eine ähnliche Größe haben mittlerweile auch die montäglichen Protestmärsche der Pegida erreicht, der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“.

Dahinter verbirgt sich eine Mischung aus Rechtsextremen und zumindest rechtsoffenen Bürgern, die vorgeblich gegen Salafisten und einen wachsenden radikalen Islamismus demonstriert, tatsächlich aber von einer breiten Ablehnung gegen Flüchtlinge und den gesamten Islam getragen wird.

Am Montagabend gelang es nun erstmals 1200 Gegendemonstranten, den Pegida-Protest mit einer friedlichen Blockade zu stoppen und so die Abschlusskundgebung vor der Semperoper zu verhindern. Ein wichtiges Zeichen. Denn wie bei den „Gedenk“-Aufmärschen der extremen Rechten kann eine wirksame Reaktion nur aus der Mitte und Linken der Bevölkerung kommen. Auf die sächsische Politik können sie dabei erfahrungsgemäß kaum zählen.

*Schweigen hat Tradition*

So wurden die erfolgreichen Massenblockaden in den Jahren 2009 bis 2011 gegen die Nazi-Aufmärsche zum 13. Februar, die dafür gesorgt haben, dass der Großaufmarsch mittlerweile der



Geschichte angehört, von der CDU-geführten Landesregierung bis heute nicht politisch gewürdigt. Stattdessen wurde und wird mit erheblichen polizeilichen und juristischem Aufwand versucht, die Gegenproteste zu kriminalisieren. Der geplatze und zur Peinlichkeit gereifte Prozess gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König zeigte, auf welchem dünnem Eis sich die Dresdener Anklagebehörde dabei bewegt.

Auch bei den Fackelmärschen durch das erzgebirgische Schneeberg im vergangenen Herbst bekleckerte sich die schwarz-gelbe Landesregierung nicht mit Ruhm. Damals demonstrierten wochenlang Bürger unter der Federführung der NPD gegen eine Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Chemnitz. Aus Dresden gab es dazu lange Zeit überhaupt keine Reaktion. Gegendemonstranten wurden allein gelassen. Erst nach Wochen kamen aus der Staatskanzlei vorsichtige Mahnungen zu Toleranz gegenüber den Schutzsuchenden.

Die hat Ministerpräsident Stanislaw Tillich diesmal immerhin schon nach sieben Wochen Pegida-Protest geäußert. Ein klares Signal, wie es die Teilnahme an den Gegenprotesten wäre, ist dies allerdings nicht. Zumal die sächsische Landesregierung mit populistischen Aktionen wie der angekündigten Sonderkommission gegen kriminelle Asylbewerber andernorts sogar den Geist der Pegida-Demonstranten bedient.

### *Fehlende Konfrontation stärkt AfD*

Wünschenswert wäre eine argumentative Auseinandersetzung der Regierung mit den Protesten – denn die wäre ein Leichtes. Salafisten, das vorgebliche Feindbild der Pegida, spielen in Sachsen kaum eine Rolle. Der Verfassungsschutzbericht zählte 2013 ganze 100 Salafisten und die vornehmlich in Leipzig, wo sie außerhalb ihrer Moschee bisher kaum in Erscheinung traten.

Der Anteil an Asylbewerbern, denen Straftaten zur Last gelegt werden, ist marginal und an einer Überfremdung leidet Sachsen ganz sicher nicht. Eher an einer fehlenden interkulturellen Kompetenz einiger Bürger, denen schlicht der Kontakt zu Menschen anderer Kulturen fehlt. So liegt der bundesweite Ausländeranteil bei 8,2 Prozent, in Sachsen sind es nur 2,2 Prozent. Eine entsprechend geringe Rolle spielt auch der Islam.

Doch vor der inhaltliche Auseinandersetzung schreckt die CDU-geführte Landesregierung ebenso zurück, wie vor einem klaren politischen Signal. Über die Gründe kann spekuliert werden. Kurzfristig will die CDU vermutlich keine Wähler verschrecken. Langfristig schneidet sich die damit jedoch ins eigene Fleisch. Denn Proteste wie in Schneeberg oder in Dresden sind der Nährboden auf dem in diesem Jahr der Wahlerfolg der AfD gewachsen ist. Diesen könnte man am besten mit Argumenten und einer klaren Abgrenzung gegenüber rechtem Gedankengut versalzen.

## **PEGIDA-Demos: "Deutschland wacht auf!"**

*heise.de, 02.12.2014, Arno Klönne*

Der "Ansturm auf Europa" wird bekämpft - jetzt auch "gesittet"  
In Dresden sind "abendländische" Montagsdemonstrationen schon zur Gewohnheit geworden, so auch diese Woche, mit ansteigender Teilnehmerzahl, und nun auf Blockierer stoßend. Zur Nachahmung wird animiert - "Deutschland wacht auf" - meldet eine Webseite von PEGIDA. Da werde "die Meinungshoheit auf der Straße erobert", sorgte sich die Tageszeitung "Freie Presse". Die in der sächsischen Landeshauptstadt auf die Sprünge gekommenen "Patrioten Europas gegen die Islamisierung des Abendlandes" mit dem seltsamen Kurznamen seien dabei, "zur bundesdeutschen Bewegung zu wachsen".

Dieselbe Lageeinschätzung findet sich bei "Sezession", dem Internetportal des "metapolitischen", parteilich nicht gebundenen Teils der Neuen Rechten, hier aber hoffnungsvoll: "Deutschland demonstriert", heißt es da, und per Landkarte wird für die Demo-Orte geworben. "Sezession" - im Unterschied zur ideologisch verwandten "Jungen Freiheit" - setzt nicht auf die Parteiform in Gestalt der AfD, sondern verspricht sich politischen Erfolg von außerparlamentarischen Aktivitäten.

Allerdings soll es, wie von PEGIDA auch zugesichert, ordentlich dabei zugehen; mit kollektiven "Spaziergängen" wird Rettung vor der "Zuwanderungsflut" propagiert. Zuspruch erhalten die Pegadisten auch vom neurechten Dresdner Jugendmagazin "Blaue Narzisse". Eher das Deutschtum als die abendländische Kultur gilt diesen "Heimatschützern" als das zu verteidigende höchste Gut.

Gegen die Flut von "Wirtschaftsflüchtigen" stemme man sich, sagt der PEGIDA-"Erfinder" in einem Exklusivinterview mit "BILD", die Demos würden "erst aufhören, wenn die Asylpolitik sich ändert". Der Mann ist biographisch nicht so recht präsentabel, aber sein Werk hat offenbar intelligente Miterfinder. In den Formen kopiert es keineswegs die HoGeSa-Randale, PEGIDA tritt erklärtermaßen "friedlich und gesittet" auf und erweitert so das Handwerkszeug rechtspopulistischer Agitation.

Indem diese "Patrioten" eine angeblich drohende Islamisierung Deutschlands als Gefahr herausstellen, gewinnen sie Anschlussfähigkeit für weitverbreitete diffuse Ängste, die nicht der eigenen Religiösität entspringen. Und so ist denn eine solche Parole gerade da attraktiv, wo Muslime kaum irgendwo anzutreffen sind. Es ist ja nicht so, als wimmele es in einer Stadt wie Dresden von Kopftuchträgerinnen.

Befürchtungen parteipolitischer Art kamen angesichts der PEGIDA-Demos im Mitte-Rechts-Spektrum auf: Einen "dramatischen Aufwind für die Rechtsextremen" sieht "Die Welt" kommen - nämlich zu Gunsten der NPD, zu Lasten der AfD und womöglich auch der CDU/CSU. Da handelt es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um eine Fehlprognose. Die Auftritte der PEGIDA-Wutbürger werden eher ihren Effekt bei staatstragenden Parteien haben - deren Neigung verstärken, in der Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik repressive Maßnahmen nachzuweisen, "Sicherheitslösungen" zu versprechen. Das wiederum kann fremdenfeindliche Ängste und Aggressionen noch fördern - ein Perpetuum mobile im Bestand politischer Ressentiments.

## **Über Tausend blockieren Anti-Flüchtlingsmarsch**

*neues-deutschland.de, 02.12.2014, nd/mit Agenturen*

Rechtem PEGIDA-Aufruf folgen rund 7.500 / Gegendemonstranten zeigen Flagge »Für eine weltoffene Gesellschaft«

Juliane Nagel, Landtagsabgeordnete der Linken und Anmelderin der Gegendemo, sagte am Dienstag, sie sei »erleichtert, dass sich diesmal so viele Menschen zusammengefunden haben, um dem Anliegen der PEGIDA-Demonstration eine klare Absage zu erteilen«. Deren Organisatoren versuchten »unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Kritik an einer 'Islamisierung' Deutschlands« Ressentiments gegen Migranten und Muslime zu schüren. PEGIDA mache »sich mit ihrer montäglichen Hetze mitschuldig an Gewalt gegen Flüchtlinge«, sagte Nagel. Die Linkspartei stehe dagegen »für eine offene Gesellschaft, in der Menschen verschiedener Herkunft und Religion gleichberechtigt leben können«. Nagel kritisierte auch die Landespolitik. Ein CDU-Innenminister, »der die Positionen von PEGIDA für akzeptabel hält und die Ablehnung von Asylsuchenden noch anheizt, liegt nicht nur falsch, sondern bestärkt PEGIDA und verstärkt Rassismus«.

Gegendemonstranten zeigen Flagge »Für eine weltoffene Gesellschaft«  
Berlin. In Dresden haben sich mehr als tausend Demonstranten einem Aufmarsch gegen Flüchtlinge entgegengestellt. Nach einer Straßenblockade musste die Aktion der rechten »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«, kurz PEGIDA, abdrehen und zum Ausgangspunkt zurückkehren. Erneut beteiligten sich an dem Anti-Flüchtlingsmarsch auch Rechtsradikale. An der Semperoper hing ein großes Transparent mit der Aufschrift »Für eine weltoffene Gesellschaft«. Die Polizei hatte rund 500 Beamte im Einsatz und ließ Proteste in Sicht- und Hörweite zu. »Es war deutlich hitziger als in den letzten Wochen«, sagte ein Sprecher.

Bei Bündnis »Dresden nazifrei« hieß es, die Proteste gegen den Aufmarsch seien »ein großer Erfolg« gewesen. Es habe sich »gezeigt, was mit vielen Menschen möglich ist. Für nächste Woche kann daher nur gelten: Noch mehr auf die Straße!« Dann soll die nächste PEGIDA-Demo stattfinden.

Silvio Lang vom Bündnis »Dresden nazifrei« nannte es »erschreckend zu sehen, wie jede Woche mehr Menschen« daran teilnehmen. Lang sagte, auf der Demonstration werde »entgegen aller Fakten so getan, als ob über das Asylrecht massenweise Kriminelle und Terroristen nach Deutschland einreisen würden. Und das in einer Zeit, in der Geflüchtete aus Syrien und anderen Krisengebieten mehr als alles andere unseren Schutz und unsere Unterstützung benötigen«. Umso wichtiger sei es, »dass in Dresden auch viele Menschen leben, die sich für ein weltoffenes Miteinander und für Verständigung einsetzen«.

## **Große Anti-Islam-Demo in Dresden von Gegnern gestoppt**

*focus.de, 02.12.2014,*

"Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" nennt sich die Gruppierung, die am Montagabend mit 7500 Anhängern durch Dresden zog - bis die Islam-Gegner von mehr als 1000 Gegendemonstranten gestoppt wurden.

Tausende Bürger haben sich am Montagabend in Dresden erneut an Protesten gegen die Asylpolitik in Deutschland beteiligt. Während nach Polizeiangaben zu einer Kundgebung des Bündnisses "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) rund 7500 Menschen kamen, stoppten mehr als 1000 Gegendemonstranten den Marsch der Pegida-Sympathisanten durch die Innenstadt.

"Deutlich hitziger als in den letzten Wochen"

Nach einer Straßenblockade musste das Bündnis, in dem erneut Rechtsextreme mitliefen, abdrehen und zum Ausgangspunkt zurückkehren. Die Polizei hatte rund 500 Beamte im Einsatz und ließ Proteste in Sicht- und Hörweite zu. "Es war deutlich hitziger als in den letzten Wochen", sagte ein Polizeisprecher. Allerdings konnte die Polizei beide Lager trennen, zu Ausschreitungen kam es nicht.

"Spielt rechtsradikalen Gruppierungen in die Hände"

Wenige Stunden vor der Kundgebung von Pegida hatte sich die Kritik an dem Bündnis verstärkt. Der Rektor der Technischen Universität Dresden, Hans Müller-Steinhagen, bezog in einer Erklärung deutliche Stellung: "Natürlich sind wir alle von den Gräueltaten des Islamischen Staates (IS) entsetzt und abgestoßen."

Aber davon auf das Verhalten aller Muslime, aller Flüchtlinge und Asylbewerber zu schließen, ist falsch und gefährlich und spielt rechtsradikalen Gruppierungen in die Hände", erklärte der Rektor. Unsicherheiten und latente Angst vor dem Unbekannten und Fremden würden missbraucht, um Abneigung und Widerstand gegen Flüchtlinge zu schüren.

### *Tillich mahnte zur Unterstützung*

Die Semperoper hing ein großes Transparent mit der Aufschrift "Für eine weltoffene Gesellschaft" an die Frontseite. Auf dem Theaterplatz stand schon am Nachmittag Polizei. Bis dahin schaffte es Pegida allerdings nicht. Das Bündnis konnte jedoch im Vergleich zur Vorwoche erneut Zulauf verzeichnen. Nach Angaben der Dresdner Veranstalter sind ähnliche Proteste nun auch in anderen deutschen Städten geplant.

Recommendations plista Anzeigen

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) mahnte angesichts steigender Flüchtlingszahlen Unterstützung und Menschlichkeit für die Betroffenen an. "Alle diejenigen, die zu uns kommen, weil sie vor Krieg und Verfolgung flüchten, sollen hier Schutz oder auch eine neue Heimat finden können", sagte er der "Sächsischen Zeitung".

## **Pegida und Antifa. Szenen einer Konfrontation**

*welt.de, 02.12.2014, Julian Gutberlet*

"Wir sind das Volk": Die Dresdner Pegida-Bewegung gegen die Aufnahme Asylsuchender ist am Montagabend stark angewachsen. Doch weit kam sie mit ihrem Protest nicht. Dann war die Straße blockiert.

Ein großer Erfolg der Gegendemonstranten, werde es heißen, ist Lutz Bachmann sicher. Er bevorzugt eine andere Interpretation: "Ich finde dagegen, das ist ein grandioser Erfolg für die Friedlichkeit unserer Sache." Mit "unserer Sache" meint Bachmann die Pegida-Demonstration. 7500 "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) fanden sich am Montagabend bei klirrender Kälte und eisigem Wind zusammen, um in Dresden gegen Flüchtlinge auf die Straße zu gehen.

Erwartet wurden sie von etwa 1200 linken Gegendemonstranten, die es schafften, den Pegida-Spaziergang vorzeitig zu beenden. Das war es, was laut Pegida-Initiator Bachmann von außen als Erfolg gewertet werden würde. Pegida – was vor sieben Wochen als kleines Grüppchen in Dresden anfang, ist zu einer ernst zu nehmenden Erscheinung geworden. Man sei "in ein politisches Vakuum hineingestoßen", erklärt Christian Demuth vom Verein "Bürger Courage". Überall in Deutschland bildeten sich an diesem Montag Nachahmer: in Kassel, in Ostfriesland, in Magdeburg.

"Ich schätze mich glücklich, von so vielen Ratten wie euch umgeben zu sein. Ihr seid laut Innenminister Ulbig Ratten", sagt Bachmann zu den Demonstranten. Der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) hatte die Organisatoren vergangene Woche als Rattenfänger bezeichnet. "Die Ratten werden mehr, und sie werden lauter." Das stellen sie sofort unter Beweis.

Die Anwesenden skandieren die bekannten "Wir sind das Volk"-Rufe und schwenken dazu Lampions und Fahnen in Deutschlandfarben. "Selbst gebastelt, extra für heute", sagt eine Mit-Fünfzigerin. Die Damen können den Beginn des Marsches kaum erwarten. Es sind Familien mit Kindern, die hier marschieren, Rentner, Akademiker. Gemeinsam mit NPD-Politikern und breiten, muskulösen Kerlen, die sich durch Kappen und Mützen als Fußball-Hooligans zu erkennen geben.

### *Der Islam macht den Demonstranten Angst*

Beifall erhält Bachmann auch für seine Beschimpfung regierender Politiker, welche die Interessen der Bürger nicht ernst nähmen, sich lieber mit der "unnötigen Genderisierung unserer schönen blumigen deutschen Sprache" beschäftigten. Applaus nach jedem seiner Sätze. Bundesinnenminister de Maizières Pläne zur Abschiebung krimineller Asylbewerber seien lediglich eine Beruhigungstaktik, "damit das Volk wieder vor dem RTL-II-Programm auf der Couch Platz nimmt und ja nicht anfängt zu denken".

Abschließend stellt er wie in jeder seiner Reden klar, dass Pegida "nicht gegen den Islam, sondern gegen Islamismus und Islamisierung" sei. Der sonst so tosende Beifall fällt verhalten aus. Dann geht es über die St. Petersburger Straße in Richtung Elbe.

Vor der Carolabrücke wird die Masse der mittlerweile 7500 Demonstranten aufgehalten, da man Gegner auf der Brücke vermutet. Ein Ordner nimmt sein Kind auf die Schultern und erklärt ihm: "Guck, das da oben sind die Bösen. Die bewerfen uns mit Steinen und Flaschen." Als das Kind daraufhin anfängt zu weinen, beruhigt es der Vater und betont, es vor den "Zecken" schützen zu wollen. Es sind überaus viele Kinder und Jugendliche an diesem Montag in der Menge.

### *1200 Gegendemonstranten stoppen den Zug*

Am Terrassenufer unterhalb der Hochschule für Bildende Künste bleibt die Vorhut der Polizei plötzlich stehen. Ordner riegeln den Durchgang ab. In etwa 200 Meter Entfernung blockiert der Schwarze Block der Antifa die Pegida. Da sich beide Gruppen nun so nah sind wie niemals zuvor – und die 1200 Gegendemonstranten diesmal überaus zahlreich –, wird in der bislang friedlichen Menge der Montagsspaziergänger Unmut laut. Rechte Parolen und "Räumen"-Rufe sind zu hören.

Wortführer Lutz Bachmann mahnt die Demonstranten zu einem weiteren friedlichen Vorgehen. Von seiner anfänglichen Selbstsicherheit ist nur noch wenig zu spüren. Stattdessen muss er sich Beschimpfungen aus den eigenen Reihen anhören. Ein lauter Knall schreckt die Menschen auf. Ein Pegida-Aktivist hat einen Feuerwerkskörper gezündet, doch wird er sofort von Umstehenden und zahlreichen "Pfui"-Rufen zurechtgewiesen. Blitzartig entstehen interne Konflikte zwischen Anhängern der rechten Szene, die ein Ausharren am Elbufer fordern, und den gemäßigten Demonstranten, die einsichtig zur Umkehr aufrufen.

Bevor die Stimmung endgültig kippen kann, beginnt ein Teil der Leute, den Rückzug anzutreten, der Rest folgt. "Wir kommen nächste Woche wieder", brüllen einige der triumphierenden Antifa entgegen, die von der Promenade jubelnd herabsieht. Missmutig setzt man sich in Gang. "Wir haben die Demonstration heute verloren", sagt ein Mann. "Wir müssen das nächste Mal zahlreicher werden. Erst 10.000 und dann 20.000. Bis wir Gehör finden."

## **"Pegida" stößt auf Widerstand - Islam-Gegner ziehen durch Dresden**

*NTV, 02.12.2014, Michael Bartsch*

Die Stimmung ist angespannt, die Polizei befürchtet die Eskalation: Bei der siebten Montagsdemo "Patriotischer Europäer" in Dresden äußern rund 7500 Demonstranten ihre Angst vor Islam und Ausländern. Doch der "Abendspaziergang" endet auf halber Strecke.

Die sogenannten Pegida-Demonstrationen in Dresden stoßen auf wachsenden öffentlichen Widerstand. Zur siebenten Montagsdemo gegen eine angeblich drohende Islamisierung der Bundesrepublik kamen am Abend nach Angaben der Polizei etwa 7500 Teilnehmer. Sollte die Zahl zutreffen, wären dies etwas mehr als zuletzt. Mehrere Beobachter vor Ort haben am Abend jedoch weniger Teilnehmer gesehen als bei den vergangenen Demonstrationen.

Mehr als 1000 Gegendemonstranten vorwiegend aus der linken Szene störten diesmal den Pegida-Zug lautstark. Etwa 400 von ihnen gelang es, das Terrassenufer zu blockieren und den Aufmarsch zur Umkehr zu zwingen. Die Pegida-Teilnehmer wollten eigentlich bis zur Semperoper ziehen.

Beobachter hatten zuvor befürchtet, die Kundgebung könnte sich zu einem Aufmarsch rechtsextremer oder gewaltbereiter Kräfte entwickeln, ähnlich wie bei den islamfeindlichen Hogesa-Demonstrationen. Das Kürzel "Pegida" steht für "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes".

Schon in den sechs Wochen zuvor war die Zahl der Pegida-Unterstützer von Montagsdemo zu Montagsdemo bis auf knapp 6000 stetig gewachsen. "Gewaltfrei vereint gegen Glaubenskrieg auf deutschem Boden" steht auf ihrem immer wieder verwendeten Fronttransparent zu lesen.

*Wer sind die "Patriotischen Europäer"?*

Der Kreis der Organisatoren fand über eine Facebook-Gruppe zusammen. Wortführer und Versammlungsleiter ist der 41-jährige Lutz Bachmann. Der gebürtige Dresdner ist gelernter Koch und arbeitete nach dem Abitur in der elterlichen Fleischerei, machte sich 1994 als Werbegrafiker selbständig. Bachmann ist mehrfach vorbestraft, entzog sich einer Strafe wegen Delikten im Rotlichtmilieu durch Flucht nach Südafrika, bevor er sich im Jahr 2000 der deutschen Justiz stellte. 2009 wurde er wegen Drogenbesitzes auf Bewährung verurteilt.

"Ich stehe über der Schmutzkampagne", rief Bachmann mit Blick auf Medienveröffentlichungen an diesem Montagabend in die Menge. Zugleich deutete er aber seinen Rückzug "von der Rampe" an. Es gäbe noch andere "fähige Köpfe". In seinen Reden und Äußerungen war der Frontmann bislang stets bemüht, sich nach rechts abzugrenzen.

Er sei nicht gegen den Islam, nur gegen militanten Islamismus, habe sogar muslimische Freunde wie seinen Trauzeugen, einen türkischen Diskothekenbesitzer. Man wende sich auch nicht gegen das Asylrecht, politische Flüchtlinge sollten sogar schneller integriert werden. Wirtschaftsflüchtlinge hätten in Deutschland hingegen nichts zu suchen.

*Fremdenangst in Sachsen*

Sachsens Innenminister Markus Ulbig hatte zuvor in einem Zeitungsinterview gemahnt, man solle genau hinsehen, ob unter den Organisatoren Rattenfänger seien. Bachmann attackierte den CDU-Politiker daraufhin heftig.

Pegida-Teilnehmer beschwerten sich, wenn sie auf eine Stufe mit Nazis gestellt werden. Unzweifelhaft aber ziehen beispielsweise Tiraden gegen "Asylanten mit Vollausrüstung in dezentraler Unterbringung" oder die geschürte Angst vor "Vergewaltigung und Abschaffung der deutschen Sprache" ein sehr heterogenes Publikum an.

Bachmann kann nicht verhindern, dass sich die halbe ehemalige sächsische NPD-Landtagsfraktion unter die Demonstranten mischt. Jacken mit der Fraktur-Aufschrift "Ostdeutschland" und entsprechendes Benehmen lassen auf freie Kameradschaften schließen. Nach Polizeierkenntnissen sind auch etwa 120 Hooligans dabei. Die Ordner kommen aus der Security-Szene.

*"Weg mit dem Dreck"*

Die Teilnehmer, auffallend wenige im Alter zwischen 30 und 60 Jahren, reisen inzwischen aus ganz Sachsen an. Wer sich nicht an das Verbot hält, mit Journalisten zu reden, erweist sich als unzugänglich für rationale Argumente. Viele befürchten, dass ihre Enkeltöchter eine Burka tragen müssen und die Rufe des Muezzins bald die Kirchenglocken übertönen werden. Jeder erzählt Schauergeschichten von kriminellen Ausländern, die er gehört, aber nicht selbst erfahren hat. Das Statistische Landesamt lüge, wenn es einen Ausländeranteil von lediglich 2,5 Prozent in Sachsen feststellt.

Neben den Ängsten herrscht allgemeiner Systemfrust vor. Politiker seien grundsätzlich Volksverräter, die Medien linke, gleichgeschaltete Lügner. Revolutionsromantik von 1989 wird mit dem Ruf "Wir sind das Volk" heraufbeschworen. Welches Aggressionspotenzial in dem als "andächtiger Abendspaziergang" deklarierten Zug steckt, zeigte die Blockadesituation am Abend. Ein Böller krachte, "weg mit dem Dreck" wurde in Richtung Blockierer gerufen, trotz der Umkehraufforderung der Veranstalter drohte ein Durchbruch durch die Polizeikette.

Nach eigenen Angaben findet Pegida inzwischen in mehreren Städten der Bundesrepublik Nachahmer. Mit den Demos wolle man erst aufhören, "wenn die Politik sich ändert", erklärte Lutz Bachmann erst kürzlich in einem "Bild"-Interview.

## **PEGIDA- und HoGeSa-Demonstrationen - Gegen Islamismus, für "Heimatschutz"**

*tagesschau, 01.12.2014, Patrick Gensing*

Seit Wochen demonstrieren jeden Montag in Dresden "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes". Zuerst einige hundert Personen, mittlerweile mehrere Tausend. Im Gegensatz zu den Hooligans gegen Salafisten treten die PEGIDA bürgerlich auf.

Wie viele Muslime es in Sachsen genau gibt, lässt sich kaum sagen - auf jeden Fall ist ihre Zahl verschwindend gering: Beim Zensus 2011 wurde der Islam bei der Religionszugehörigkeit unter die ein Prozent der "Sonstigen" einsortiert. Genauere Angaben seien nicht möglich, teilte das Statistische Landesamt auf Anfrage mit. Innenminister Markus Ulbig hatte im Jahr 2010 festgestellt, der Anteil der Muslime an der Bevölkerung liege in Sachsen bei weniger als 0,1 Prozent. Fast alle Muslime in Deutschland leben im Westen der Republik. Der Islam spielt in Sachsen so gut wie keine Rolle, von Salafisten oder Islamisten ganz zu schweigen.

"Gegen die Islamisierung - für den Heimatschutz" - solche Parolen haben in Dresden in den vergangenen Wochen dennoch Tausende Bürger auf die Straße gebracht. Zuletzt waren es nach offiziellen Angaben 5500 Personen, die Veranstalter sprachen von rund 7000. Der Anlass für diese Demonstrationen könne kein konkretes Problem mit Islamismus vor Ort sein, sagt der

Politikwissenschaftler Alexander Häusler. Vielmehr werde das Schlagwort der vermeintlichen Islamisierung als Chiffre benutzt für andere Themen, so Häusler im Gespräch mit tagesschau.de.

Das anderswo real existierende Problem des Islamismus sei nur ein aktueller Aufhänger für die PEGIDA, um nicht nur das Feindbild Islam auf die Agenda zu setzen, sondern insgesamt gegen die multikulturelle Gesellschaft zu protestieren, meint der Wissenschaftler. Fremdenfeindliche Einstellungen oder wie bei den HoGeSa sogar gewalttätige Aktionen könnten durch Parolen gegen den Islamismus mit einem Schein der Rechtfertigung ummantelt werden.

HoGeSa und PEGIDA könnten aber nicht über einen Kamm geschoren werden, betont Häusler. Den rechts orientierten Hooligans sei es vor allem darum gegangen, sich durch Aktionen wieder in Erinnerung zu bringen und linke Ultra-Gruppen zurückzudrängen. PEGIDA hingegen sei von Anfang an von neurechten Intellektuellen unterstützt worden. "Die Strukturen und Organisationen sind nicht gleich", so Häusler, "die Feindbilder aber ähnlich".

*"Keine Parolen, keine Interviews"*

Zudem tritt PEGIDA deutlich zurückhaltender auf. "Keine Parolen, keine Interviews", so lautet die Devise auf den Demonstrationen, Gespräche mit Journalisten werden abgeblockt, während man gleichzeitig auf Plakaten für die Pressefreiheit demonstriert. Auch werden die Proteste nicht Demonstrationen genannt, sondern Spaziergänge. Das klingt harmlos.

Dieses Konzept soll auf andere Bundesländer ausgeweitet werden. Auf Facebook haben sich bereits Ableger gegründet, so beispielsweise in Bayern. In Würzburg gab es bereits eine Solidaritätskundgebung für PEGIDA, berichten rechtsradikale Blogs. Auf der Facebook-Seite des bayerischen Ablegers ist es allerdings nicht weit her mit der vorgegebenen Zurückhaltung. Offen wird gegen Flüchtlinge gehetzt, diese werden in Kommentaren als Affen bezeichnet, die man verdursten lassen sollte.

Die PEGIDA distanzierte sich zwar von offenen Gewaltaufrufen, doch geht die Hetze im Netz weiter. Und auf den PEGIDA-"Spaziergängen" flanieren auch Neonazis durch Dresden. Es handele sich "um ein rechts orientiertes Wutbürgertum", sagt Wissenschaftler Häusler. "Dies mischt sich mit Mitgliedern der rechten Szene bis hin zu Personen aus der Hooligan-Bewegung."

Und so unterstützt auch die NPD die Proteste: In Dresden habe sich "eine Bewegung für den Erhalt der eigenen Kultur, gegen die Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen, für härtere Maßnahmen gegen straffällige Zuwanderer, für die Abschiebung religiös radikalisierte Muslime" gebildet, lobt die rechtsextreme Partei. "Zahlreiche Nationaldemokraten nehmen schon jetzt an den PEGIDA-Veranstaltungen teil."

Experten warnen vor der Dynamik der neuen Bewegungen aus Gruppen wie PEGIDA oder HoGeSa, die sich miteinander verbinden könnten, wie der Politikwissenschaftler Hajo Funke gegenüber Report Mainz erklärte. Und Wissenschaftler Häusler meint, die Entwicklung sei mit Protesten wie in Frankreich oder in den Niederlanden zu vergleichen, "wo sich ein diffuses Wutbürgertum gefunden hat, das gegen eine Politik protestiert, die Rücksicht auf Minderheiten oder pluralisierte Lebensentwürfe nimmt". In Frankreich waren beispielsweise Zehntausende Menschen gegen die Ehe für Alle auf die Straße gegangen.

Auch in Deutschland gab es bereits ähnliche Demonstrationen, beispielsweise in Stuttgart, wo konservative und religiöse Gruppen unter dem Motto "Ehe und Familie" gegen eine angebliche "Sexualisierung" des Schulunterrichts protestierten. Auch in Hannover gab es bereits eine ähnliche Demonstration.



## *"Verrohte Bürgerlichkeit"*

Und ein Team um den Forscher Wilhelm Heitmeyer hatte bereits 2010 in einer Langzeitstudie vor einer zunehmend "rohen Bürgerlichkeit" gewarnt und festgestellt, dass der gepflegte Konservatismus abgestreift werde: Zivilisierte, tolerante, differenzierte Einstellungen in höheren Einkommensgruppen scheinen sich in unzivilisierte, intolerante Einstellungen zu wandeln. So nehme beispielsweise in der höheren Einkommensgruppe die Zustimmung zu Etabliertenvorrechten und Islamfeindlichkeit besonders deutlich zu.

"Der Hass auf die 'Anderen' - egal, ob anders im Glauben, in der Herkunft oder im ökonomischen Status - ist für die reaktionäre Elite eine ganz alte Übung", kommentierte der Publizist Kay Sokolowsky gegenüber tagesschau.de diese Entwicklung. Dass diese Elite nun auch öffentlich sage, was sie immer schon dachte, sei das eigentlich Neue für die Bundesrepublik - aber nicht für die deutsche Geschichte insgesamt, meint der Autor des Buchs "Feindbild Moslem". Innenminister plant "Sondereinheiten"

Wie die Politik mit den neuen Bewegungen umgehen kann, ist noch umstritten. Sachsens Innenminister Ulbig sagte der "Dresdner Morgenpost" in einem Interview zu den Protesten, er sehe die Entwicklung mit Sorge. Das Thema straffällige Asylbewerber sei für ihn aber ein "Kernthema", zudem kündigte er an, bei der Polizei eine Sondereinheit einzurichten, die sich "mit den straffälligen Asylbewerbern intensiv beschäftigen wird". Begonnen werde das Projekt in Dresden.

Die Opposition kritisierte dies als Populismus. Die sächsische Linkspartei kommentierte: "Es ziehen keine zugereisten marodierenden Banden durchs Land, sondern es müssen Asylbewerberheime rund um die Uhr vor befürchteten Übergriffen 'einheimischer' Täter geschützt werden." Der sächsische Flüchtlingsrat betonte, dass die Kriminalität auch nach Angaben der sächsischen Polizei im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften gar nicht gestiegen sei. Ulbig bediene die Argumentation der PEGIDA.

## **Konfrontation in Dresden - Gegendemo stoppt „Pegida“-Marsch**

faz.net, 01.12.2014, STEFAN LOCKE

Erstmals haben sich Demonstranten in den Dresden den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ in den Weg gestellt. Die Demonstranten bekommen Zulauf - trotz der kriminellen Vergangenheit ihres Anführers.

Um kurz vor 20 Uhr am Montagabend geht nichts mehr am Dresdner Terrassenufer. Auf der einen Seite fließt gemächlich die Elbe, auf der anderen Seite erheben sich die Mauern der Brühlschen Terrasse. Auf der zweiseitigen Straße dazwischen steht die siebte Demonstration des „Pegida“-Bündnisses („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) und kommt nicht weiter.

Abermals sind an diesem Montag mehr Leute dem Aufruf der Organisatoren gefolgt, die Polizei wird später von 7500 Menschen sprechen. Gut 100 Meter entfernt haben sich jedoch rund 400 Gegendemonstranten auf die Straße gesetzt. Dazwischen stehen etwa 50 Polizeibeamte und versuchen, beide Seite auseinanderzuhalten.

## *Brandgefährliche Situation*

Für eine halbe Stunde geht gar nichts mehr, dann schlägt „General Winter“ zu. Es ist der erste kalte Wintertag der Saison in Dresden mit Minusgraden und einem eisigen Wind, der Anhänger beider Seiten frieren lässt. Nach kurzer Absprache mit der Polizei fordert „Pegida“-Organisator Lutz Bachmann per Megafon „seine“ Demonstranten zur Umkehr auf. Ein kleiner Teil von ihnen folgt der Anweisung, der weitaus größere Teil allerdings bleibt stehen und skandiert, die Deutschland-Fahnen und Transparente fest im Wind: „Wir bleiben hier!“

Für den 41 Jahre alten Bachmann wird die Situation jetzt brandgefährlich: Kann er die Menge unter Kontrolle halten? Wird er die Geister, die er rief, weiter bändigen können? Während der Auftaktkundgebung etwa eine Stunde zuvor hat er erstmals seit sieben Wochen nicht seine „Acht Forderungen“ verlesen, die sich gegen die vermeintliche „Islamisierung des Abendlandes“ richten. Abgesehen davon, dass Bachmann gleich noch sehr unangenehme Dinge in eigener Sache beichten muss, war schon in den Wochen zuvor bei der Demo immer weniger vom Islam und von Islamisten die Rede gewesen, stattdessen traten die Themen Asyl, Flüchtlinge und Zuwanderer in den Mittelpunkt.

Es sind Stichworte, mit denen sich derzeit in Deutschland Menschen mobilisieren lassen. Stolz zählt Bachmann vor der Menge auf, wo überall in Deutschland sich am gleichen Abend Leute zu ähnlichen Demonstrationen zusammenfinden oder diese planen: Kassel, Leipzig, Düsseldorf, Ostfriesland, München, Rostock, Magdeburg, Würzburg, Braunschweig, Bonn. „Wir sind das Volk!“, ruft die Menge daraufhin.

Anschließend fordert Bachmann „die vom Volk gewählten Politiker“ auf, sich wieder „den wirklichen Problemen in unserem Land“ zuzuwenden. Zu diesen zählt er „die unselige Asylpolitik und die kriegstreibende Außenpolitik unserer Bundesregierung“ sowie die angeblich fehlende Versorgung von Rentnern, Armen und Obdachlosen. O-Ton: „Es gibt Rentner, die ihr Leben lang gearbeitet haben und sich an Weihnachten trotzdem kaum ein Stück Stollen leisten können, die in einer kalten Wohnung sitzen oder keinen Strom haben.“ – „Pfui!“ und „Buh!“ skandieren die Demonstranten.

Deutsche nagen am Hungertuch?

Zwei Sätze später ist Bachmann bei „Menschen in unserem Land, die auf der Straße leben müssen und nicht genug zu essen haben. Für diese werden keine Heime eingerichtet, geschweige denn über eine dezentrale Unterbringung mit Vollausstattung diskutiert.“ Er sagt das tatsächlich so, und die Menge reagiert empört. Man kenne das ja, so ist zu hören: Während Asylbewerber Zucker in den Arsch geblasen kriegten, müsse das eigene Volk am Hungertuch nagen.

Konnten unwissende oder naive Demonstranten bisher noch Bachmanns Thesen auf den Leim gehen, dürfte das nach diesen Sätzen nur noch schwer möglich sein. Gezielt spielt er Notlagen deutscher Bürger, die es zweifellos gibt, gegen Notlagen von Flüchtlingen aus. Dass jedem deutschen Staatsbürger in Not vom Staat selbstverständlich Unterkunft und Unterhalt gestellt werden, verschweigt Bachmann geflissentlich, man muss vermuten: bewusst. Dass Flüchtlinge weniger Leistungen als Hartz-IV-Empfänger und damit eben nicht mehr Geld als Deutsche bekommen, auch das erwähnt er nicht.

Konfrontieren Landes- und Kommunalpolitiker oder andere Bürger, die sich unter die Menge gemischt haben, die Demonstranten mit diesen und ähnlichen Fakten, wird ihnen umgehend „Lüge“, „Betrug“ und „Verdrehung von Tatsachen“ unterstellt. Und Journalisten, soviel sei ja ohnehin klar, lügen generell; „Lügenpresse halt die Fresse“, ruft ein Teil der Demonstranten einem Kamerateam hinterher, dass sich zu Bachmann vorarbeitet. Der ist inzwischen beim Thema Genderisierung und der seiner Meinung nach „bekloppten Vergewaltigung unserer Sprache“ angelangt.

## *Angeblich droht Verbot von Christstollen*

Zum Schluss kommt Bachmann dann doch noch auf die „Islamisierung des Abendlandes“ zu sprechen. Er fordere, sagt er, dass seine Kinder auch künftig mit Christstollen, Glühwein und Lebkuchen aufwachsen können. Ein Verbot all dieser Dinge drohe schon bald, wenn noch mehr Asylbewerber kämen, suggeriert er, und diesmal hat er auch ein Beispiel parat: In Berlin-Kreuzberg gebe es neuerdings einen Winter- statt einen Weihnachtsmarkt, angeblich aus Rücksicht auf Flüchtlinge. Dass in der Hauptstadt wie in ganz Deutschland weiterhin so gut wie alle Weihnachtsmärkte Weihnachtsmärkte heißen und niemand ernsthaft deren Umbenennung plant, bleibt unerwähnt.

Lutz Bachmann wiederholt alle diese Thesen knapp zwei Stunden später an gleicher Stelle, zu der etwa zwei Drittel der Demonstranten mit ihm vom Terrassenufer zurückgekehrt sind. Beide Seiten, Demonstranten und Gegner, verhielten sich besonnen, die direkte Konfrontation ist ausgeblieben, auch wenn die Polizei konstatiert, dass es diesmal „deutlich hitziger als in den vergangenen Wochen“ zugegangen sei. Gewaltbereite Autonome hatten sich unter die gut 1500 Gegendemonstranten gemischt und lieferten sich vereinzelt Verfolgungsjagden mit der Polizei durch das Stadtzentrum.

Auf der Abschlusskundgebung lässt Bachmann dann noch eine Bombe in eigener Sache platzen. Er stimmt seine Jünger darauf ein, dass er künftig wohl kürzer treten und die Organisation der Demos anderen überlassen müsse. Grund sei eine „fürchterliche Schmutzkampagne“ der Presse gegen seine Person. Bachmann gibt öffentlich zu, dass er „Mist gebaut und dafür gebüßt“ habe. Die Fakten klingen freilich weit weniger harmlos. Lutz Bachmann ist vorbestraft, er saß unter anderem wegen mehrfachen Diebstahls und Fahrens ohne Führerschein in Haft, der er sich zuvor durch Flucht nach Südafrika entzogen hatte, schreibt die „Sächsische Zeitung“.

Auf sein Kerbholz gehen der Zeitung zufolge noch weitere Straftaten wie Körperverletzung, Trunkenheit im Straßenverkehr, Anstiftung zur Falschaussage, falsche Verdächtigung sowie Verletzung der Unterhaltspflicht. 2010 sei Bachmann zudem wegen Drogenhandels zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden, letztere sei noch nicht um. Kann gut sein, dass ein Großteil der Menge auch diese Fakten als Lügen ansieht. Bachmann selbst lieferte am Montagabend noch eine ganz eigene Erklärung: „Die Nazikeule wirkt nicht mehr, deshalb werde ich jetzt als Person thematisiert.“

## **Rassistische Demo in Dresden: Gegendemonstranten stoppen Pegida mit Sitzblockade**

*spiegel.de, 01.12.2014, mia/dpa*

Am Abend marschierten in Dresden wieder mehrere Tausend Anhänger des Bündnisses "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" - doch diesmal gab es Widerstand.

Dresden - In Dresden standen sich am Montagabend große Gruppen von Demonstranten gegenüber: Mehr als tausend Gegendemonstranten hielten den Marsch von etwa 7500 Asylgegnern durch die Innenstadt auf. Die Anhänger des Bündnisses "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) versammelten sich bereits zum siebten Mal in Dresden.

Am Montagabend wurde die Gruppe, in der erneut Rechtsextreme mitliefen, durch Teilnehmer einer Gegenaktion gestoppt: Sie richteten eine Sitzblockade ein - so mussten die Pegida-Demonstranten am Terrassenufer abdrehen und zum Ausgangspunkt zurückkehren. Die geplante

Abschlusskundgebung auf dem Theaterplatz konnte nicht stattfinden.

An der Semperoper hing ein großes Transparent mit der Aufschrift "Für eine weltoffene Gesellschaft". Die Polizei hatte rund 500 Beamte im Einsatz und ließ Proteste in Sicht- und Hörweite zu. "Es war deutlich hitziger als in den letzten Wochen", sagte ein Sprecher. Allerdings konnten die Sicherheitskräfte beide Lager trennen, zu Ausschreitungen kam es nicht.